

Datum: 18.08.16
Telefon: 0 233-30724
Telefax: 0 233-67968

**Personal- und
Organisationsreferat**
Organisation
POR-P 3.21

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Einrichtung einer Koordinierungsstelle für den Themenschwerpunkt Flucht und Entwicklung“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06791)

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 20.09.2016
Vollversammlung am 19.10.2016

An das Referat für Arbeit und Wirtschaft

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 04.08.2016 zur Stellungnahme bis 18.08.2016 zugeleitet.

In der Vorlage werden vom Referat für Arbeit und Wirtschaft folgende Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht:

Stellenschaffungen

1,0 VZÄ für eine/n SB Wirtschaftspolitische Entwicklungsplanung der Fachrichtung VD (4. QE) befristet für 2 Jahre ab Stellenbesetzung.

Die vorgesehene Kapazitätsausweitung beruht auf einer freiwilligen Aufgabe.

Es handelt sich um einen Empfehlungsbeschluss ohne Ausführungen zur Unabweisbarkeit der Stellenbedarfe.

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Anstoß für die geltend gemachte Stellenkapazität in der Beschlussvorlage gab das Förderprogramm „Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Initiative zielt darauf ab, den direkten Know-how-Transfer deutscher Kommunen mit den Aufnahmekommunen von Flüchtlingen in den Anrainerstaaten Syriens zu fördern und die deutschen Kommunen dabei zu unterstützen, ihr entwicklungspolitisches Engagement besser zu koordinieren bzw. auszubauen. Um dem Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen in deutschen Kommunen entgegen zu wirken, bietet diese Initiative die Möglichkeit, auf zwei Jahre befristete Personalstellen für die entwicklungspolitische Arbeit von Stadtverwaltungen über Bundesmittel zu 90 % zu finanzieren mit der Option, die Förderung um zwei weitere Jahre zu verlängern.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft nimmt die Initiative zum Anlass, einen neuen Themenschwerpunkt Flucht und Entwicklung in der Stadtverwaltung zu etablieren. In diesem Kontext sollen neben der Identifizierung relevanter Wirkungsbereiche (z. B. entwicklungspolitische Bildungsarbeit, kommunaler Know-how-Transfer, multilateraler Erfahrungsaustausch), flücht-

lingsbezogene Aktivitäten in bereits bestehende entwicklungspolitische Prozesse integriert, Bildungs- und Informationsarbeit zum Themenschwerpunkt Flucht und Entwicklung geleistet, kommunale themenbezogene Projektpartnerschaften initiiert und Begleitmaßnahmen umgesetzt werden, die Akteure aus Stadtverwaltung und -gesellschaft für die Relevanz von flüchtlingsbezogenen Aktivitäten sensibilisieren und bestehendes Kooperationsinteresse auffangen. Die dargestellten Aufgaben können vom Referat für Arbeit und Wirtschaft mit der vorhandenen Personalkapazität nicht bewältigt werden. Daher wird eine zusätzliche Stellenkapazität im Umfang von 1,0 VZÄ befristet auf zwei Jahre gefordert mit der Option, die Befristung der Kapazität um zwei weitere Jahre zu verlängern, sofern der Antrag auf Verlängerung des Förderprogramms beim BMZ genehmigt wird. Voraussetzung für die Teilnahme am Förderprogramm des BMZ ist ein finanzieller Eigenbetrag in Höhe von 10 % der Gesamtsumme sowie die Besetzung der Stellenkapazität bereits ab Dezember 2016.

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

Begründung

Der zusätzliche Stellenbedarf wurde zwar nicht rechnerisch nachgewiesen, ist aber aufgrund der Erläuterungen im Vortrag des Referenten schlüssig nachvollziehbar. Die Ausgaben für die zusätzliche Stellenkapazität werden zu 90 % über Bundesmittel finanziert. Der Eigenanteil in Höhe von 10 % wird aus vorhandenen Mitteln des Produktes 6412000 Europa finanziert, sodass der städtische Haushalt nicht zusätzlich belastet wird. Zur Veranschlagung der Ein- und Auszahlungen darf auf die Stellungnahme der Stadtkämmerei verwiesen werden.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ändern bzw. zu ergänzen:

Bei der Beschreibung der Kosten bitten wir auf die Jahresmittelbeträge 2015 abzustellen. Teuerungen aufgrund inzwischen erfolgter bzw. zu erwartender Tarifierhöhungen erfolgen durch zentrale Finanzierung.

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Um der Eilbedürftigkeit der Einrichtung der Stellenkapazität Rechnung zu tragen, bitten wir unter Ziffer 2 des Antrags des Referenten folgenden Satz zu ergänzen:

Voraussetzung für die Teilnahme am Förderprogramm ist, dass die bezuschusste Stelle noch bis Ende 2016 eingerichtet und besetzt wird.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Dietrich', written in a cursive style.

Dr. Dietrich